

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/15/2014

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 03.12.2014,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:51 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Rafael Haase

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

bis 21:51 Uhr

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Herr Uwe Gaumann

Herr Uwe Graßau

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan

Herr Peter Engel

Herr Angelius Krause

Herr Juan Deininger

Frau Joyce Rittel

Seniorenbeirat, öffentl. Teil

Behindertenbeirat, öffentl. Teil

Kinder- und Jugendbeirat,
öffentl. Teil

Kinder- und Jugendbeirat,
öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Sebastian Stegemann

WRS Architekten & Stadtplaner
GmbH, zu TOP 11

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Ulrich Kewersun
Frau Andrea Becker
Herr Andreas Schneider
Herr Stephan Schott
Frau Maren Uschkurat

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2014 vom 05.11.2014
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 14/2014 vom 19.11.2014
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 8.2.1 Aufhebung der HVV-Tarifgrenze in Ahrensburg
 - 8.2.2 Absage des Pressetermins zum Fahrplanwechsel
 - 8.2.3 Einseitige Sperrung der Manhagener Allee
9. Sanierung der P + R-Anlage "Alter Lokschiuppen"/Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 95 f GO **2014/144**
10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 94 für das Grundstück "Lindenhof", Flurstücke Nr. 394, 393 und 396 sowie teilweise Nr. 395 und 398 der Flur 9 der Stadt Ahrensburg, gelegen zwischen Bahnhofstraße, Wilhelmstraße und der Bundesstraße 75, Abschnitt Woldenhorn **2014/130**
 - Aufstellungsbeschluss für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 94 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB
 - Beschluss zu den wesentlichen städtebaulichen Zielen
 - Beschluss der Bekanntmachung
 - Beschluss zu den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB
11. Flächennutzungsplan **2014/135**
 - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung

12.	Anfrage der WAB-Fraktion zur Neuberechnung von Straßenreinigungsgebühren	AF/2014/009
13.	Anfrage der WAB-Fraktion zur Anwendbarkeit der §§ 165 - 171 BauGB zur Realisierung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd II / BP 88	AF/2014/010
14.	Antrag der CDU-Fraktion f.d. BPA 19.11.2014 - Änderung bzw. Aufstellung von Bebauungsplänen für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien in Ahrensburg	AN/037/2014
14.1	Änderungs- und Ergänzungsantrag zu Antrag AN 037/2014 der SPD-Fraktion für den BPA; Änderung bzw. Aufstellung von Bebauungsplänen für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien in Ahrensburg	AN/068/2014
15.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015	2014/086
16.	Verschiedenes	
16.1	Überprüfung des Pflasters in der Lohe	
16.2	Sanierungsbedarf des Büchereigebäudes	
16.3	Zeitplan zum Umbau Hagener Allee	
16.4	Schaffung von Ersatzparkplätzen während der Sanierung der R+R-Anlage Alter Lokschuppen	
16.5	Erneuerung Brücke Moorwanderweg	
16.6	Beleuchtung Parkscheinautomat auf dem Lindenhofparkplatz	
16.7	Überprüfung der Radwege im Innenstadtbereich	
16.8	Anmietung des Gebäudes Bogenstraße	
16.9	Verlegung der Bushaltestelle im Bereich der Stormarner Werkstätten	
16.10	Falschparker im Helgolandring	
16.11	Aushang von Fahrplänen	
16.12	Bodenhülsen in der Hamburger Straße	
16.13	Sachstand zur Entwicklung des Dello-Grundstücks	
16.14	Verfahrensstand zum B-Plan Nr. 95	

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung am 19.11.2014 betrifft die Vorbereitung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 60. Durch die Änderung des bestehenden B-Plans soll die Bebaubarkeit der städtischen Flurstücke 180, 110 und 146 der Flur 27 ermöglicht werden für die Erweiterung eines ortsansässigen Gewerbebetriebes. Das Verfahren zum Bebauungsplan an sich wird dann wie gewohnt öffentlich durchgeführt.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern in der Einwohnerfragestunde gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 20.11.2014 vorgeschlagene Tagesordnung und fragt, ob es Änderungswünsche gibt. Die Verwaltung bittet daraufhin im Rahmen der Dringlichkeit, die Beschlussvorlage als neuen Tagesordnungspunkt 9 einzufügen.

Die Dringlichkeit der Vorlage Nr. 2014/144 wird damit begründet, dass die bei der Sanierung verwendeten Baustoffe eine bestimmte Temperatur benötigen, damit sie ihre Wirkung entfalten können.

Der gesamte Ablauf der Baumaßnahme kann wesentlich risikoärmer hinsichtlich Qualität und Bauzeit durchgeführt werden, wenn nicht im Herbst gebaut wird. Da mit einem genehmigten Haushalt nicht mehr im Januar 2015 gerechnet werden kann, ist die Dringlichkeit gegeben, um nicht mit der Baumaßnahme in die Schlechtwetterzeit hineinzurutschen. Über die Dringlichkeit stimmen die Mitglieder des BPA wie folgt ab.

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	1 Enthaltung

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen Einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Tagesordnungspunkten 17 und 18 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich stimmt der BPA über die angepasste Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis:	Alle dafür
-----------------------------	-------------------

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2014 vom 05.11.2014

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 14/2014 vom 19.11.2014

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass das Protokoll erst seit einigen Tagen vorliegt und bittet deshalb um Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes.

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Berichte gem. § 45 c GO

Die Verwaltung berichtet, dass auch in der heutigen Sitzung keine Berichte gemäß § 45 c GO erfolgen.

8.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen

8.2.1 Aufhebung der HVV-Tarifgrenze in Ahrensburg

Die HVV GmbH ist bestrebt, die derzeit bestehende Zahlgrenze am Bahnhof Ahrensburg, die auf Wunsch der Stadt nach Nordwesten (HSt. Klaus-Groth-Straße) ausgedehnt wurde, aufgehoben wird mit der Folge, dass nicht nur die bisher am Bahnhof Ahrensburg durchbindende Stadtbuslinie 569 (Gartenholz - Heimgarten), sondern auch die drei neu eingerichteten HVV-Linien 576 (Steinkamp- Wulfsdorf), 469 (U Ahrensburg West - Gewerbegebiet Nord) und 476 (Rosenhof - badlantic) zum Kurzstreckentarif (heute 1,50 €) genutzt werden können und nicht die Nahbereichspreisstufe (2,00 €) zum Tragen kommt. Dieser Tarif kommt dem Wunsch der Stadt nach einem Stadttarif schon sehr nahe.

8.2.2 Absage des Pressetermins zum Fahrplanwechsel

Wie die Verwaltung am 19.11.2014 bekannt gegeben hat, sollte anlässlich des Fahrplanwechsels im HVV-Gebiet am 14.12.2014 und der mit der Ausschreibung des Busnetzes für Ahrensburg und Umgebung einhergehenden Änderungen am Samstag, dem 06.12.2014, auf dem Rathausvorplatz eine Öffentlichkeitsveranstaltung durchgeführt werden. Diese wurde kurzfristig von den veranstaltenden Institutionen VHH, Kreis Stormarn und Stadt Ahrensburg abgesagt.

In Kürze gibt die Stadt zu diesem Thema ergänzend zum Kreis eine sich auf den Stadtverkehr Ahrensburg beziehende Presseinformation heraus. Zudem wird der Info-Flyer voraussichtlich in der 50. Kalenderwoche 2014 flächendeckend an die Ahrensburger Haushalte verteilt.

8.2.3 Einseitige Sperrung der Manhagener Allee

Mit heutigem Datum ist ein Schreiben des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein bei der Stadt Ahrensburg eingegangen mit dem Hinweis, dass in der Zeit vom 08.12.2014 bis einschließlich 19.12.2014 die Manhagener Allee aufgrund von Sanierungsarbeiten am Brückenbauwerk einseitig gesperrt wird.

9. Sanierung der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"/Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 95 f GO

Die Verwaltung erinnert an die BPA-Sitzung vom 19.11.2014, TOP 7.2.5, und die hierin angesprochene Verschiebung der Haushaltsberatung 2015. Wie mittlerweile feststeht, wird der Haushaltsplan definitiv nicht mehr in 2014 beschlossen werden, weshalb die Verwaltung bittet, für die Sanierung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zu genehmigen. Dies ist notwendig, um die Sanierung der P+R-Anlage in einem Kalenderjahr durchzuführen. Deshalb soll umgehend nach Genehmigung der Verpflichtungsermächtigung die Ausschreibung erfolgen. Die Deckung erfolgt durch die Minderverpflichtung bei der Erschließung des Bebauungsplans Nr. 88.

Auf Nachfrage von Ausschussmitgliedern berichtet die Verwaltung, dass die Erschließung des Gewerbegebietes B-Plan Nr. 88 sofort erfolgen könnte, wenn der Haushalt beschlossen und genehmigt ist. Ergänzend weist der Bürgermeister darauf hin, dass Verpflichtungsermächtigungen automatisch am Jahresende verfallen und es deshalb unschädlich ist, als Deckung die Erschließung des Bebauungsplanes Nr. 88 heranzuziehen. Auf den Hinweis eines Stadtverordneten informiert die Verwaltung, dass die Ausschreibung soweit vorbereitet ist, dass diese nach der Stadtverordnetenversammlung sofort angeschoben werden könnte. Abschließend wird über die Beschlussvorlage wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

10. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 94 für das Grundstück "Linden-
hof", Flurstücke Nr. 394, 393 und 396 sowie teilweise Nr. 395 und 398 der
Flur 9 der Stadt Ahrensburg, gelegen zwischen Bahnhofstraße, Wilhelm-
straße und der Bundesstraße 75, Abschnitt Woldenhorn**
- **Aufstellungsbeschluss für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 94 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB**
 - **Beschluss zu den wesentlichen städtebaulichen Zielen**
 - **Beschluss der Bekanntmachung**
 - **Beschluss zu den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB**

Auf einen Sachvortrag seitens der Verwaltung wird verzichtet, jedoch bittet ein Ausschussmitglied zu protokollieren, das im Rahmen des Bauleitplanverfahrens die von der Politik gewünschten und beschlossenen Punkte wie z. B. die Kfw-Festsetzung Berücksichtigung finden. Die Verwaltung sichert zu, im Verfahren hierauf zu achten.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass eine oberirdische Brutto-Geschossfläche (BGF) von ca. 9.650 m² geschaffen werden sollen. Im Verfahren wird selbstverständlich überprüft, dass die BGF des Siegerentwurfs sich annähernd im B-Plan wiederfindet.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion den Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach jetzigem Kenntnisstand zu verfrüht findet. Auch wenn im Grundstückskaufvertrag eine Parkplatzabläse vereinbart wurde, schafft diese keinen Raum für die Realisierung dieser. Seines Erachtens müssten solche Fragen vor dem Aufstellungsbeschluss geklärt werden. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass kein einziger der Entwürfe die öffentlichen Stellplätze berücksichtigt hat. Nachfolgend wird über die Beschlussvorlage wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

**6 dafür
2 dagegen
1 Enthaltung**

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
3 dagegen

Antrag Nr. AN/056/2014

Wie Herr Stegemann berichtet, umfassen die Kleingärten Mühlenredder eine Größe von ca. 3,3 ha. Die Flächen für Kleingärten im Erlenhof haben eine Größe von ca. 2,5 ha. Möglich wäre es, die restlichen 0,8 ha in Richtung Norden auszuweisen. Eine Erweiterung der Kleingärten auf die Größe des Bestandes am Mühlenredder sollte keinesfalls nach Westen erfolgen, da die Flächen als Pufferzone zum Naturschutzgebiet Aueniederung freigehalten werden sollen und die Wegelängen aus den innerstädtischen Wohnquartieren zu lang werden würden.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, eine Erweiterungsmöglichkeit in Richtung Norden zu akzeptieren. Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück.

Antrag Nr. AN/060/2014

Herr Stegemann weist nochmal darauf hin, dass dieses Gebiet Teil des markantesten Höhenzuges in Ahrensburg ist, dem sogenannten Endmoränenbogen. Die geologisch bedeutende und landschaftlich gut wahrnehmbare Besonderheit des Naturraums würde durch eine Bebauung des Gebietes entfallen.

Abstimmungsergebnis:	1 dafür
	8 dagegen

Antrag Nr. AN/065/2014

Die Ziffer 1 des Antrages wird aufgrund des Berichts zum Antrag Nr. AN/056/2014 zurückgezogen.

Ohne große Diskussion wird über die Ziffer 4 des Antrages wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	1 dafür
	8 dagegen

Antrag Nr. AN/075/2014

Zu diesem Antrag berichtet die Verwaltung, dass die Auequerung nur als Fuß- und Radweg vorgesehen ist und kein motorisierter Verkehr geplant ist. Des Weiteren erinnert die Verwaltung an das B-Planverfahren, wo diese Querung aus Naturschutzgründen abgelehnt wurde. Dennoch ist die Verwaltung der Auffassung, dass es wichtig ist, Fußgängern und Radfahrern eine gute Anbindung an den Innenstadtbereich anzubieten.

Ein Ausschussmitglied verweist an die letzte BPA-Sitzung, in der berichtet wurde, dass der FNP nicht so aufgestellt werden darf, dass er einem rechtsverbindlichen Bebauungsplan widerspricht. Dem entgegnet Herr Stegemann, dass dies nur für Bauflächen etc. gilt. Im vorliegenden Fall ist im Bebauungsplan eine Freifläche vorgesehen, die sich auch im FNP wiederfindet, lediglich mit der kleinen Ergänzung, dass hier die Aue gequert werden könnte. Ergänzend berichtet die Verwaltung, dass durch die Festsetzung im FNP ein zweiter Versuch gestartet werden soll, die Auequerung von der Naturschutzbehörde genehmigt zu bekommen. Daraufhin stimmen die BPA-Mitglieder über den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

**1 dafür
7 dagegen
1 Enthaltung**

Antrag Nr. AN/080/2014

Einleitend begründet ein Mitglied der WAB-Fraktion, dass der Antrag gestellt wurde, um weiteren Wohnraum - insbesondere auch bezahlbaren Wohnraum - im Stadtgebiet zu schaffen. Ergänzend zum Vortrag von Herrn Stegemann, dass diese Erweiterung aus landschaftsplanerischer Sicht nicht empfehlenswert ist, erinnert die Verwaltung an das Schlossparkgutachten und die besondere Bedeutung der Kastanienallee sowie der Straße Fannyhöh. Des Weiteren berichtet Herr Stegemann, dass der Kronenbereich der Kastanien zu schützen ist, wodurch eine zusätzliche Bebauung nur im eingeschränkten Maße ermöglicht werden würde.

Abstimmungsergebnis:

**1 dafür
5 dagegen
3 Enthaltungen**

Damit sind alle von den Fraktionen eingereichten Anträge abgearbeitet und die Verwaltung wird den Vorentwurf des Flächennutzungsplans entsprechend der Beschlüsse anpassen und dann zur Beschlussfassung vorlegen.

12. Anfrage der WAB-Fraktion zur Neuberechnung von Straßenreinigungsgebühren

Verwiesen wird auf die Beratung des Themas „Straßenreinigungsgebühren - Systematik der Gebührenermittlung“ in der BPA-Sitzung am 18.12.2013 (vgl. Protokoll Nr. 18/2013; TOP 5) und die auf Basis des Antrages AN/065/2013 formulierte Bitte, möglichst im ersten Halbjahr 2014 vor Neukalkulation der Straßenreinigungsgebühren die Systematik der Gebührenermittlung zu dokumentieren und dem Bau- und Planungsausschuss zur Zustimmung vorzulegen.

Wie die Verwaltung daraufhin am 18.06.2014 mit Hinweis auf die Personalsituation und den Nachtragsstellenplan 2014 mitgeteilt hat, wäre die gewünschte Neukalkulation nach Verbesserung der Personalsituation grundsätzlich noch in diesem Jahr möglich. Dieses scheint nicht mehr realistisch zu sein, eine neue Zeitperspektive ist angesichts des erst im Januar/Februar 2015 zu erwartenden Haushaltsbeschlusses nur schwer zu geben.

Von daher hat sich die Verwaltung im Zuge der Anfrage erkundigt, welche Kosten bei einer Beauftragung externer Firmen bei der Neuberechnung der Jahre 2012 bis 2014 und der Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für die Zeit ab 2016 zu rechnen wären.

Hierfür müssten nach einer überschlägigen Schätzung 20.000 € im Haushalt 2015 unter dem PSK 54500.5431000 (Straßenreinigung, spezielle Geschäftsbedürfnisse) eingeworben werden. Eine dementsprechende Empfehlung wäre vom BPA am 03.12.2014 auszusprechen.

13. Anfrage der WAB-Fraktion zur Anwendbarkeit der §§ 165 - 171 BauGB zur Realisierung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd II / BP 88

Einleitend berichtet ein Vertreter der WAB-Fraktion, dass seit 2010 in diesem Bereich noch nicht viel passiert ist. Aufgrund der schwierigen Eigentumsverhältnisse erbittet die Verwaltung zu überprüfen, ob die Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß § 165 ff. BauGB ein gangbarer Weg zur Realisierung des Gewerbegebietes Nr. 88 ist.

Diesbezüglich berichtet die Verwaltung, dass diese Maßnahme grundsätzlich geeignet ist, wenn verschiedene Interessen vorliegen und alle anderen Lösungen nicht zum Ziel geführt haben. Im vorliegenden Fall hat sich jedoch einiges verändert wie z. B. der Verkauf an einen Projektentwickler für die Umsiedlung eines Einzelhandelsbetriebes. Des Weiteren berichtet die Verwaltung, dass für die Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme ein aufwendiges Untersuchungsverfahren durchgeführt werden muss.

Ergänzend weist der Bürgermeister darauf hin, dass aktive Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung für die Verlagerung eines Fachmarktzentrums zur erneuten Zusammenlegung der Bebauungspläne geführt haben. Wie sich jetzt herausgestellt hat, wurde hierdurch nicht das andere Verfahren verzögert, sondern umgekehrt, das andere Verfahren hat die Ausweisung der Gewerbeflächen behindert. Auf die Anmerkung eines Stadtverordneten, dass die Trennung des Bebauungsplanes in A und B aufgrund der komplexen Eigentumsverhältnisse vorgenommen wurde, entgegnet der Bürgermeister, dass dies vor dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Verlagerung vorgenommen wurde.

- 14. Antrag der CDU-Fraktion f.d. BPA 19.11.2014 - Änderung bzw. Aufstellung von Bebauungsplänen für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien in Ahrensburg**

- 14.1 Änderungs- und Ergänzungsantrag zu Antrag AN 037/2014 der SPD-Fraktion für den BPA; Änderung bzw. Aufstellung von Bebauungsplänen für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien in Ahrensburg**

Eingangs stellt ein Ausschussmitglied den Antrag, über die Bereiche Kastanienallee, Helgolandring sowie Bogenstraße getrennt abzustimmen. Dies wird von anderen Ausschussmitgliedern begrüßt.

Die Verwaltung sieht den Bereich Kastanienallee genauso wie die Politik und empfiehlt hier, Flächen für bezahlbaren Wohnraum auszuweisen. Zur Bogenstraße hingegen verweist die Verwaltung auf das Ziel der Kerngebietsentwicklung entlang der Ladestraße und rät davon ab, hier Flächen für Wohnraum zu schaffen. Zum Helgolandring wird auf eine Stellungnahme des zuständigen Fachdienstes II.5 (**vgl. Anlage**) verwiesen. Der Fachdienst Schule, Sport und Senioren rät davon ab, dass städtische Grundstück am Helgolandring der Wohnnutzung zuzuführen und damit auf die Chance von Entwicklungen im Schulbereich zu verzichten. Betont wird, dass im gesamtstädtischen Gebiet keine weitere städtische Fläche für die Ausweisung neuer Schulstandorte geeignet ist. Des Weiteren gibt die Verwaltung zu bedenken, dass gegebenenfalls darüber nachgedacht werden könnte, die Fläche zeitlich befristet für Ad-hoc-Maßnahmen für Flüchtlinge zu nutzen.

Ein Ausschussmitglied würdigt den Konsens der Fraktionen, sozialen Wohnraum zu schaffen, was seiner Meinung nach ein wertvoller Meilenstein der Stadt Ahrensburg ist. Ein Ausschussmitglied kommt zurück auf die Dreiteilung und bekräftigt, dass diese sinnvoll ist und der Antrag bezüglich des Helgolandringes zunächst zurückgezogen wird, bis der für Schulentwicklung zuständige BKSA hierüber entscheiden hat.

Der Vorsitzende gibt zur Ausweisung der Bogenstraße für Wohnbauflächen zu bedenken, dass hier auch die Möglichkeit besteht, Arbeitsplätze in Bahnnahe zu schaffen. Des Weiteren berichtet er, dass die SPD-Fraktion mit Ihrem Antrag versucht hat, den Antrag der CDU-Fraktion zu konkretisieren. Die FDP-Fraktion wiederum berichtet, dass sie mit ihrem Antrag beabsichtigen, dass in Zeiten von niedrigen Zinsen nicht zwingend die Inanspruchnahme von Fördermitteln vorgegeben werden sollte, da Kredite derzeit günstig am Markt zu bekommen sind.

Nachdem sich mehrere Ausschussmitglieder gegen die Bogenstraße als Wohnbaufläche aussprechen, bekräftigt ein Mitglied der CDU-Fraktion, dass der Schwerpunkt der CDU-Fraktion in der Ausweisung von bezahlbarem Wohnraum für junge Familien liegt und darauf den Fokus legen wird. Abschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass insbesondere vor dem Hintergrund, was genau in künftigen Bebauungsplänen aufgenommen werden soll, geklärt werden muss, wie seitens der Politik die einzelnen Begrifflichkeiten verstanden werden wie z. B. was unter bezahlbarem Wohnraum verstanden wird.

Ebenso wie der Antrag zum Helgolandring kommen die Ausschussmitglieder überein, auch die Bogenstraße zunächst bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Somit wird nur noch über den nachfolgend genannten Antrag abgestimmt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für das städtische Grundstück Kastanienallee die Aufstellung eines Bebauungsplans mit dem Ziel in die Wege zu leiten, bezahlbaren Wohnraum zu errichten.“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

In der BKSA-Sitzung am 04.12.2014 wurde seitens der CDU-Fraktion betont, dass der Antrag bezüglich des Helgolandringes komplett zurückgenommen wird und eine weitere Beratung im BPA folglich nicht mehr notwendig ist.

15. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Vorab kommen Ausschuss und Verwaltung überein, die Beratung auf Basis des 1. Entwurfes Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 von Anfang Oktober 2014 (bzw. 26.09.2014) durchzuführen und hierbei die inzwischen verteilte 1. Veränderungsliste mit Stand vom 27.11.2014 zu beachten, wobei

- die Investitionen gemäß Teilfinanzhaushalten auf Basis der Tabelle auf den Seiten 46 ff. und
- die Ansätze des Ergebnishaushalts 2015 bei den auf den BPA zugeordneten Produkten erörtert werden (gemäß Liste auf Seite 61 a, Verweis auf Seiten 79/80 und 173 ff.).

Sodann werden insbesondere folgende Haushaltspositionen des Teilfinanzplanes 2015 thematisiert:

Seite 57, PSK 51100.0900002, Stadtleitsystem

Dieses Thema wurde bereits in der BPA-Sitzung am 05.11.2014 angesprochen. Des Weiteren ist hierzu der Antrag AN/078/2014 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (1. Teil) eingegangen. Hierin wird beantragt, die Mittel für das Stadtleitsystem um ein Jahr zu schieben. Nachdem die Verwaltung kurz berichtet, dass die Stelle ab 2016 nicht mehr besetzt ist, wird über diesen Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
1 Enthaltung**

Anmerkung der Verwaltung:

Der Stadtverordnete Rafael Haase war während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum, wodurch sich die Gesamtzahl der Abstimmung auf acht reduziert.

Seite 57, PSK 51100.1991010, Städtebauförderung

Hierzu wird auf die BPA-Sitzung vom 05.11.2014 hingewiesen.

Seite 57, PSK 53810.0900001, Planung/Bau eines neuen Behinderten-WC

Für den Antrag Nr. AN/073/2014 ist gemäß Seite 61 a des Haushalts der Umweltausschuss hierfür zuständig. Ferner wird darauf hingewiesen, dass gemäß UA-Protokoll vom 12.11.2014 die 10.000 € unter PSK 53810.5211010 anderweitig benötigt werden.

Seite 57, PSK 54100.0700000, Geschwindigkeitsmessenanlagen

Auch hierzu wird auf die BPA-Sitzung vom 05.11.2014 verwiesen, in der die Standorte vorgestellt wurden.

Seite 58, PSK 54100.0900001, Ausbau von Gemeindestraßen allgemein

Auch hierüber wurde bereits in der BPA-Sitzung vom 05.11.2014 unter TOP 13 ausführlich berichtet.

Seite 58, PSK 54100.0900001, Straßenbeleuchtung

Gemäß Antrag Nr. AN/046/2014 beantragt die WAB-Fraktion auch in 2015 Mittel in Höhe von 100.000 € vorzusehen, um keine Pause bei dieser Maßnahme zu haben. Ergänzt wird, dass die Einnahmen bei PSK 54100.2331000 entsprechend um 50.000 € erhöht werden müssen.

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
3 Enthaltungen

Seite 58, PSK 54100.0900001, Ausbau des Spechtweges

Die SPD-Fraktion beantragt gemäß Antrag Nr. AN/072/2014 (1. Teil), den Ausbau des Spechtweges um ein Jahr nach vorn zu ziehen und damit den Haushaltsansatz in 2015 auf 55.000 € zu setzen. Ein Ausschussmitglied hinterfragt, ob das mit der Prioritätenliste der Stadt konform geht. Dem entgegnet die Verwaltung, dass bereits seit vielen Jahren der Spechtweg auf Platz 3 steht und problemlos das Vorziehen der Maßnahme zugestimmt werden kann.

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
3 dagegen

Seite 58, PSK 54100.0900031, Radverkehrskonzept (auch Beimoorweg)

Details hierzu wurden bereits in der BPA-Sitzung am 05.11.2014 angesprochen. Eine Erhöhung wurde jedoch nicht beantragt.

Seite 58, PSK 54100.0900031, Baukosten Radverkehrskonzept

Hierzu beantragt die WAB-Fraktion, die Mittel um 50.000 € für das Haushaltsjahr 2015 zu kürzen. Daraufhin tun einige Ausschussmitglieder ihren Unmut über diesen Antrag kund und kritisieren diesen.

Abstimmungsergebnis: **Alle dagegen**

Seite 58, PSK 54300.0453100, LSA Bargenkoppelredder

Seitens der Verwaltung wird auf die BPA-Sitzung vom 05.11.2014 hingewiesen. Des Weiteren liegen zwei Anträge zur Streichung der Haushaltsmittel Antrag Nr. AN/070/2014 und Antrag Nr. AN/072/2014 vor. Hierzu nimmt die Verwaltung nachfolgend Stellung:

Die Lichtsignalanlage (LSA) Manhagener Allee/Bargenkoppelredder wurde im Jahr 1973 erstellt und letztmalig teilweise im Jahr 1996 erneuert. Teile des in der LSA verbauten Steuergerätes ML werden nicht mehr von Siemens vorgehalten, sodass bei eventuellen Störungen keine Ersatzteile vorhanden sind. Die Folge wäre eine überplanmäßige Ausgabe in den Folgejahren. Der geschätzte Zeitraum für eine unplanmäßige Erneuerung liegt zwischen drei bis sechs Monaten.

Da die Manhagener Allee stark frequentiert ist, müssen die Fahrzeuge aus den Straßen Bargenkoppelredder und Moltkeallee die sich im Verkehr ergebenen Zeitlücken nutzen, um in die Manhagener Allee einfahren zu können. Bei einem Ausfall der Lichtsignalanlage erhöht sich die Unfallgefahr.

Ein sicheres Überqueren für Radfahrer und Fußgänger ist dann nicht mehr möglich. Fußgänger und Radfahrer müssten dann auf die LSA Christel-Schmidt-Allee und Parkallee ausweichen.

Der Stromverbrauch (12.000 kWh/a) der Anlage ist im Vergleich zu einer Anlage mit LED Technik hoch (AOK Knoten 5.300 kWh/a).

Die neue StVO (§ 37 (6)), die zum 01.04.2013 eingeführt wurde, sieht vor, dass bei angrenzender Radfahrerfurt an eine Fußgängerfurt eine Signalisierung für Fußgänger und Radfahrer erfolgen sollte. In der Fußgängerlichtzeichenanlage werden die Sinnbilder für Fußgänger und Radfahrer gemeinsam gezeigt oder neben dem Lichtzeichen für Fußgänger ein zweifarbiges Lichtzeichen für Radfahrer angebracht. Die Frist für die Umstellung ist der 31.12.2016.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die Anlage bisher nicht ausgefallen ist, dies jedoch jederzeit geschehen kann. Daraufhin entgegnet ein Ausschussmitglied, dass man diese funktionierende Anlage nicht anfassen sollte.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
2 dagegen**

Seite 59, PSK 54600.0900000, Fahrradparkhaus

Aufgreifend auf die Diskussion in der BPA-Sitzung vom 05.11.2014 hat die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt, Planungsmittel in Höhe von 30.000 € für das Fahrradparkhaus einzustellen. Auf den Gedanken eines Ausschussmitgliedes, dass man sich an die Konzepte anderer Städte anlehnen könnte wird entgegnet, dass dies dennoch die Bereitstellung von Planungsmitteln nicht entbehrlich macht. Auch die Anregung, dass dies mit Mitteln, die für die Sanierung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen vorgesehen sind, realisiert werden könnte, wird von der Verwaltung aus haushaltstechnischen und rechtlichen Gründen verneint. Nachdem noch einige Zeit hin und her diskutiert wird, schlägt die Verwaltung vor, die Haushaltsmittel mit einem Sperrvermerk vorzusehen, der beinhaltet, dass der BPA vor Auftragsvergabe über Details des Auftrags informiert wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Seite 59, PSK 54600.0900000 neu, Schaffung von Parkplätzen

Die CDU-Fraktion hat mit dem Antrag Nr. AN/069/2014 beantragt, in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 jeweils 500.000 € für die Schaffung von Parkplätzen auszuweisen. Hintergrund ist der Grundstückskaufvertrag zum Lindenhof, in dem ein Betrag für den Wegfall der öffentlichen Parkplätze festgelegt wurde. Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass im Vertrag lediglich ein Betrag von 500.000 € vereinbart wurde. Dem entgegnet ein Ausschussmitglied, dass die zusätzlichen 500.000 € obendrauf eingestellt werden sollen. Nachdem verschiedene Argumente für und gegen diese Ausweisung vorgebracht werden, schlägt die Verwaltung vor, diesen Antrag als Selbstverpflichtung zu betrachten, dass Parkplätze im Innenstadtbereich geschaffen werden. Zur angesprochenen P+R-Anlage Alter Lokschuppen wird erinnert, dass sowohl für die Aufstockung als auch für die Erweiterung ein Bauleitplanverfahren notwendig ist. Die Verwaltung wird sich bemühen, bis zur nächsten BPA-Sitzung die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu klären.

Anschließend wird der Teilergebnisplan 2015 durchgegangen:

Seite 173, PSK 51100.4488000, Kostenerstattung für Bauleitplanung

Gemäß WAB-Antrag Nr. AN/045/2014 sollen 40.000 € für das Haushaltsjahr 2015 eingestellt werden, da sich der Investor anteilig an den Kosten beteiligt. Dieser Antrag hat sich mittlerweile erledigt, da diese Gelder bereits in der Veränderungsliste aufgeführt sind.

Seite 173, PSK 51100.5431000, Städtebauförderung, Verwaltungsgebühren

Diesbezüglich wird kurz an die BPA-Sitzung vom 05.11.2014 erinnert.

Seite 173, PSK 51100.5431010, Bauleitplanung extern

Gemäß Antrag Nr. AN/078/2014 sollen die Mittel für ein Solarkataster erhöht werden. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass ein kurzfristig eingeholtes Angebot einen Betrag von ca. 20.000 € ergeben hat. Durch die Befliegung gleichzeitig mit den Luftbildaufnahmen können Kosten gespart werden.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, weshalb überhaupt die Luftbildaufnahmen benötigt werden, erinnert die Verwaltung, dass diese von vielen Mitarbeitern im Rathaus für verschiedenste Arbeiten genutzt werden und immer nach fünf Jahren aktualisiert werden, was 2015 der Fall ist. Ein Ausschussmitglied bittet ferner um Auskunft, wem das Solarkataster einen Nutzen bringt. Hierzu informiert die Antragstellerin, dass mit einem Solarkataster künftige Baugebiete so ausgerichtet werden können, dass Neubauten entsprechend der bestmöglichen Solarnutzung erstellt werden können. Nachdem noch kurz über das Für und Wider diskutiert wird, kommt man überein, dass die Notwendigkeit zunächst im Umweltausschuss geprüft werden sollte.

Seite 185, PSK 54100.neu, Gemeindestraßen/Bushaltestelle Große Straße

Wie der **Anlage** zu entnehmen ist, soll die neu geschaffene Bushaltestelle in der Großen Straße ertüchtigt werden, vorausgesetzt die Linie wird von den ÖPNV-Nutzern gut angenommen. Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass der Fördergeber hierüber zu informieren, jedoch nicht mit einer Streichung von Geldern zu rechnen ist. Abschließend wird festgehalten, dass Kosten in Höhe von ca. 80.000 € entstehen.

Seite 190, PSK 54300.5421000, Landesstraßen/Verkehrszählung

Hierzu wird auf die BPA-Sitzung am 05.11.2014 sowie auf die Änderungsliste hingewiesen.

Seite 193, PSK 54600.neu, Parkeinrichtungen/Quartiersplatz und Elektromobil-Ladestationen

Aufgrund der Nachfrage eines Ausschussmitgliedes ist die Verwaltung noch einmal an den Vertragspartner zum Quartiersplatz herantreten und hat sich von diesem bestätigen lassen, dass dieser weiterhin bereit ist, Elektromobil-Ladestationen vorzusehen.

Seite 194, PSK 54605.4321000, Einnahmen aus Parkgebühren

Die WAB-Fraktion hat mit Antrag Nr. AN/045/2014 beantragt, den Ansatz in 2015 um 60.000 € zu erhöhen, da das Lindenhofgrundstück noch für die Parkplatz-Bewirtschaftung zur Verfügung steht. Dieser Antrag hat sich jedoch durch die Erhöhung des Ansatzes in der Änderungsliste erledigt.

Seite 195, PSK 54700.5312000, ÖPNV-Stadtbus/Dynamische Fahrgastinformationen

Hierzu wird auf die BPA-Sitzungen vom 01.10.2014, TOP 9.2.1, sowie die Haushaltsberatung am 05.11.2014 hingewiesen. Wie ein Ausschussmitglied jedoch berichtet, ist hier noch immer nichts passiert und bittet die Verwaltung, hierfür Haushaltsmittel einzuplanen.

Seite 195, PSK 54700.5221010, Unterhaltung Industriestammgleis

Diesbezüglich sehen die Anträge Nr. AN/071/2014 und AN/078/2014 die Streichung der Haushaltsmittel vor. Der Vorsitzende appelliert jedoch an die Ausschussmitglieder, diese Mittel nicht zu streichen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine Variante der Nordtangente in diesem Bereich verläuft und es hierfür nicht förderlich sein kann, wenn sich hier starke Bewüchse bilden.

Abstimmungsergebnis:	6 dafür
	3 dagegen

Seite 192, PSK 54500.5431000 (neu einzufügen), Allgemeine Geschäftsaufwendungen (Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren)

Die WAB-Fraktion stellt den Antrag, Beratungsmittel für die Nachberechnung und Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren in Höhe von 20.000 € für das Haushaltsjahr 2015 einzustellen. Hierzu wird auf den Tagesordnungspunkt 12 verwiesen. Diesbezüglich ergänzt die Verwaltung, dass diese Kosten sogar gebührenrelevant abgerechnet werden können. Über den Antrag soll in der nächsten BPA-Sitzung am 17.12.2014 gegebenenfalls beraten und beschlossen werden.

16. Verschiedenes

16.1 Überprüfung des Pflasters in der Lohe

Ein Beiratsmitglied bittet die Verwaltung, in der Lohe die Pflastersteine zu überprüfen, da diese teilweise rausgenommen und mit Asphalt ausgefüllt wurden. Ebenso wie vor der Accent-Apotheke in der westlichen Kohschietsstraße. Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass es sich hierbei nur um ein Provisorium handelt und die Platten wieder eingesetzt werden sollen.

16.2 Sanierungsbedarf des Büchereigebäudes

Auf den Hinweis eines Beiratsmitgliedes, dass das Büchereigebäude an der Fassade einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweist wird verwiesen, dass der BPA hierfür nicht zuständig ist, wird dies jedoch dem zuständigen Fachdienst weiterleiten.

16.3 Zeitplan zum Umbau Hagener Allee

Die Verwaltung berichtet auf Nachfrage, dass die Ausführungsplanung zum Umbau der Hagener Allee im nächsten Jahr vorgelegt wird. Erinnert wird in diesem Zusammenhang, dass es zeitliche Verzögerungen durch einen krankheitsbedingten Personalausfall gegeben hat. Zur Anfrage der Seniorenresidenz, einen Zebrastreifen auszuweisen, wird daran erinnert, dass mindestens 100 Personen in der Spitzenstunde die Straße queren müssten, um rechtlich die Grundlage für die Ausweisung eines Zebrastreifens zu haben.

16.4 Schaffung von Ersatzparkplätzen während der Sanierung der R+R-Anlage Alter Lokschruppen

Auf Nachfrage eines Beiratsmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass grundsätzlich gern Ersatzparkplätze während der Sanierung der P+R-Anlage Alter Lokschruppen geschaffen werden sollen, jedoch derzeit keine Flächen hierfür zur Verfügung stehen. Daraufhin schlägt das Beiratsmitglied vor, an Privateigentümer mit der Bitte heranzutreten, Flächen zur Verfügung zu stellen.

16.5 Erneuerung Brücke Moorwanderweg

Wie die Verwaltung berichtet, ist das Thema Brücke Moorwanderweg an den Umweltausschuss zu verweisen.

16.6 Beleuchtung Parkscheinautomat auf dem Lindenhofparkplatz

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass der Parkscheinautomat auf dem Lindenhofparkplatz nicht beleuchtet und damit schwer zu bedienen ist. Die Verwaltung sichert zu zu klären, ob hier gegebenenfalls Abhilfe geschaffen werden kann.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Parkscheinautomaten der Stadt Ahrensburg sind nur am Display beleuchtet. Bei den meisten Automaten der Stadt wurde darauf geachtet, dass sich neben dem Automaten eine Laterne als zusätzliches Leuchtmittel befindet. Leider ist dies auf dem Lindenhofparkplatz nicht der Fall. Eine Umrüstung würde sich angesichts der zukünftigen Bebauung des Lindenhofparkplatzes wirtschaftlich nicht lohnen.

16.7 Überprüfung der Radwege im Innenstadtbereich

Ein Ausschussmitglied fragt, ob im Rahmen der Umplanung des Platzbereiches Hagener Allee nicht auch beschlossen wurde, dass vor der Durchführung alle Radwege im Innenstadtbereich einheitlich geplant werden sollen. Hierzu wird erinnert, dass dies nur für die behindertengerechten Platten gilt.

16.8 Anmietung des Gebäudes Bogenstraße

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 16.4 und bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob es möglich ist, das Gelände in der Bogenstraße anzumieten, um während der Sanierungsmaßnahme Ersatzparkplätze zur Verfügung zu stellen.

16.9 Verlegung der Bushaltestelle im Bereich der Stormarner Werkstätten

Nachdem ein Ausschussmitglied berichtet, dass die Stormarner Werkstätten über die neue Haltestelle im Bereich Kornkamp unglücklich sind, wird berichtet, dass hierzu ein Antrag vom Behindertenbeirat gestellt wird, der vorsieht, die Haltestelle entsprechend den Wünschen der Stormarner Werkstätten wieder zu verlegen.

16.10 Falschparker im Helgolandring

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass im Helgolandring im Bereich der Bushaltestelle der Linie 569 Richtung Schloss regelmäßig Falschparker stehen und damit die Bushaltestelle zurparken. Diesbezüglich berichtet die Verwaltung, dass durch die Ausweisung als Bushaltestelle automatisch ein Halteverbot gilt. Sollte es auch nach dem Fahrplanwechsel zu Behinderungen des Busses durch Falschparker kommen wird zugesichert, verstärkt Kontrollen durchzuführen.

16.11 Aushang von Fahrplänen

Die Verwaltung wird gebeten weiterzugeben, dass der Aushang nur noch von neuen Fahrplänen bereits eine Woche vor Einführung des neuen Fahrplans zu früh ist, da für die ÖPNV-Nutzer der noch gültige Fahrplan nicht mehr ersichtlich ist. Die Verwaltung sichert zu, diese Anregung weiterzugeben.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat diese Anregung weitergegeben, jedoch haben die Verkehrsbetriebe berichtet, dass es aus logistischen Gründen nicht möglich ist, die neuen Fahrpläne erst später aufzuhängen.

16.12 Bodenhülsen in der Hamburger Straße

Ein Ausschussmitglied und Mitglied des Stadtforums berichtet, dass bei der Aufstellung der Weihnachtssterne festgestellt wurde, dass mindestens drei Bodenhülsen in der Hamburger Straße zugeschüttet wurden, wodurch drei Sterne nicht aufgehängt werden konnten. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu überprüfen. Daraufhin entgegnet die Verwaltung, dass von der Stadt keine Baumaßnahme in diesem Bereich durchgeführt wurde, wird jedoch versuchen, den Sachverhalt aufzuklären.

16.13 Sachstand zur Entwicklung des Dello-Grundstücks

Im Rahmen der Diskussion um eventuelle Ersatzparkplätze für die P+R-Anlage Alter Lokschuppen bittet ein Ausschussmitglied, wie der Sachstand zur Entwicklung des sogenannten Dello-Grundstückes ist und schlägt vor, gegebenenfalls hier Ersatzparkplätze zu schaffen. Diesbezüglich berichtet die Verwaltung, dass ein Eigentümerwechsel stattgefunden hat und demnächst ein Planungsgespräch stattfinden soll.

Das Thema Parkplätze aufgreifend schlägt ein Ausschussmitglied vor, das leer stehende Grundstück am AOK-Knoten, für das mal ein Ärztehaus geplant war, hierfür zur Verfügung zu stellen. Dem entgegnet die Verwaltung, dass seitens des Eigentümers kein Interesse besteht, das Grundstück hierfür zur Verfügung zu stellen.

16.14 Verfahrensstand zum B-Plan Nr. 95

Die Verwaltung berichtet, dass für das Grundstück im Geltungsbereich des B-Plans Nr. 95, der ehemaligen Klinik Manhagener Allee, der Bauantrag eingegangen ist.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin